Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bundesschiedskommission

Beschluss
in dem Parteiordnungsverfahren
14/1976/P
28.01.1977

des Vorstandes des SPD-Ortsvereins M,
vertreten durch den Vorsitzenden S aus M

- Antragsteller und Berufungsantragsgegner -

g e g e n

B aus M,

E aus M,

W aus M

-Antragsgegner und Berufungsantragsteller-

hat die Bundesschiedskommission am 28. Januar 1977 unter Mitwirkung von

Käte Strobel (Vorsitzende)

Dr. Johannes Strelitz und

Ludwig Metzger

beschlossen:

Das Verfahren wird eingestellt.

Begründung

Die Bundesschiedskommission hatte in ihrer Sitzung am 3. Dezember 1976 beschlossen, gemäß § 10 der Schiedsordnung auf 'eine gütliche Beilegung des Streites hinzuwirken. In der Güteverhandlung am 13. Januar 1977 in F erklärten sich die Antragsgegner mit einer vorgeschlagenen Lösung zur Beilegung des Verfahrens einverstanden. Der Vertreter des Antragstellers erklärte, daß er innerhalb der von der Schiedskommission gewährten Erklärungsfrist einen Beschluß seines Ortsvereinsvorstandes erwirken werde. Mit Schreiben vom 22. Januar 1977 teilte der Antragsteller (SPD-Ortsverein M) ebenfalls seine

Zustimmung zu dem Gütevorschlag mit. Dabei wurde eine redaktionelle Änderung (die Bezeichnung "Ortsbezirk M" muß in "Stadtteil M" geändert werden) erbeten.

Auf Grund der Zustimmung aller Verfahrensbeteiligten zu dem Gütevorschlag der Bundesschiedskommission vom 13.1.1977 (siehe Anlage) mit der oben erwähnten redaktionellen Änderung hat die Bundesschiedskommission die Einstellung des Verfahrens beschlossen.

Gütevergleich im Verfahren des SPD-Ortsvereins M gegen B, E und W, weil auf der Grundlage der Güteverhandlung vom 13.1.1977 in F

1. Der Antragsteller nimmt seinen Antrag auf Einleitung eines Parteiordnungsverfahrens gemäß § 15 Absatz 2 der Schiedsordnung zurück.
2. Die Antragsgegner verpflichteten sich zu loyaler Mitarbeit in der Stadtverordnetenfraktion unter Orientierung an dem Beschluß des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 27.12.1968.
3. Der Antragsteller erklärt, sich dafür einzusetzen, daß der Ortsbezirk M bei der Aufstellung der Liste für die Kommunalwahl auf der Grundlage der Vorschläge des Ortsbezirks in angemessener Weise berücksichtigt wird.
4. Der Antragsteller und die Antragsgegner sind sich einig, daß die Wahrung der sportlichen Belange des Ortsbezirks M sichergestellt werden muß.